

Veranstaltungsbericht: Brennpunkt Belarus

Seit 26 Jahren regiert Alexander Lukaschenko Belarus mit harter Hand. Nach der gewonnenen Wahl steht ihm eine sechste Amtszeit bevor, die er mit allen Mitteln durchzusetzen scheint. Doch nicht nur die Opposition in Belarus spricht von Wahlbetrug, auch weite Teile der europäischen Gemeinschaft erkennen das Ergebnis nicht an. Nicht zuletzt die massive Staatsgewalt gegen zehntausende Demonstranten, die seit Wochen ihren Unmut über den „letzten Diktator Europas“ zum Ausdruck bringen, lassen die Unterstützung für Lukaschenko bröckeln.

Sinkender Wohlstand, Politisierung und eine „Neue Opposition“ in Belarus

Angesichts dieser sich zuspitzenden Lage hat das Regionalbüro Südbaden am 9. September 2020 Olga Dryndova und Jakob Wöllenstein zu einem Digitalen Mittagsgespräch über die aktuelle Lage in Belarus eingeladen. Dryndova legte die langfristigen und kurzfristigen Gründe für die Proteste dar. Zu der schon länger stattfindenden Politisierung der belarussischen Bevölkerung habe sich eine wachsende Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation gesellt, die durch die Corona-Pandemie und die als schlecht beurteilte Informationspolitik des Präsidenten angewachsen sei. Die schnelle Selbstorganisation der „Neuen Opposition“ sowie die Solidarisierungswelle seien hauptverantwortlich für die Breite und Dauer der friedlichen Demonstrationen.

Geopolitisierung der Protestbewegung

Jakob Wöllenstein weitete mit seinem Eingangsstatement den Blick auf die außenpolitischen Folgen der Proteste und betonte, dass die belarussischen Proteste sich symbolisch von der EU und Russland distanzieren. Im Gegensatz zum Maidan in der Ukraine würde man keine Europaflaggen sehen. Wöllenstein wies darauf hin, dass Lukaschenko selbst die von den Demonstranten nicht gewollte Geopolitisierung der Proteste betreibe. Diese Politik passe in Lukaschenkos Profil, der sich eher in einer Schaukelbewegung zwischen Ost und West positioniere, um vor allem wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Vor der Wahl habe er sich überraschenderweise von Russland distanziert, obwohl die (energiepolitische) Abhängigkeit vom östlichen Nachbarn sehr hoch ist. Russland hingegen habe die massenhafte Mobilisierung nach der Wahl nicht auf dem Schirm gehabt. Es wolle verhindern, dass Belarus nach Westen abdriftet oder zu einem neuen Beispiel für eine Revolution wird. Dabei, so Wöllenstein, werde sich Belarus nicht von Russland abwenden, denn weite Teile der Bevölkerung seien pro-russisch. In Reaktion auf die Protestbewegung bestünde Russland jedoch nunmehr auf eine Erfüllung des Integrationsvertrages, den es seit Jahrzehnten nur auf dem Papier gibt. Die EU auf der anderen Seite erkannte erstmals eine Wahl nicht an und verhängte in Anschluss an die gewaltsame

Niederschlagung der Proteste und Opposition Sanktionen. In der offenen Gesprächsrunde wurden Fragen nach der Geschlossenheit der Opposition, der Rolle der Frauen in der Protestbewegung, den Einfluss Russlands sowie ob die Opposition in der Lage sei, die Ordnung im Land aufrechtzuerhalten.

Wünschenswerte Verfassungsänderung unter Einbeziehung aller Konfliktparteien

Zum Abschluss zeigten Wöllenstein und Dryndova noch Optionen für die kommenden Wochen auf. Wöllenstein verwies auf die Lokalisierung der Proteste und einer bleibenden Mobilisierung – auch eines neuartigen Nationalbewusstseins. Eine Diskussion über eine Verfassungsänderung, der die Opposition mit einschließe, könne langfristig im Interesse aller Konfliktparteien seien. Dryndova schloss sich an und hob hervor, dass gewaltfreie Proteste höhere Chancen auf eine Regimeänderung haben als gewaltsame. Von daher wäre es wünschenswert, dass der gewaltfreie Charakter weiterhin bestand habe. Allerdings betonte Dryndova auch, dass die Gewalt von Seiten des Regimes eher zuzunehmen scheint.